

Vortrag an den Ministerrat

Außerordentliche Tagung des Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ in der Zusammensetzung der InnenministerInnen am 28. März 2022 in Brüssel

Am 28. März 2022 fand in Brüssel eine außerordentliche Tagung des Rates der Europäischen Union „Justiz und Inneres“ in der Zusammensetzung der InnenministerInnen statt. Für Österreich nahm der Bundesminister für Inneres, Mag. Gerhard Karner, teil.

Zum Tagesordnungspunkt wird wie folgt berichtet:

- Europäische Koordinierung bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine

Die Sitzung wurde mit einer Zuschaltung des ukrainischen Innenministers Denys Monastyrskij eingeleitet. Der ukrainische Innenminister informierte über die aktuelle Lage und bedankte sich bei den Mitgliedstaaten für Solidarität und Unterstützung. Von zentraler Bedeutung für die Ukraine seien die Ausrüstung von Polizeikräften, Abwehreinrichtungen gegen unbemannte Flugeinheiten und der Einsatz von Teams zur Minenräumung.

In einer anschließenden EU-internen Diskussionsrunde stellte die Europäische Kommission einen Zehnpunkteplan für die Ukraine vor. Der Plan umfasst folgende Vorhaben: (1) die Einrichtung einer EU-Plattform für Registrierungen; (2) ein auf EU-Ebene koordinierter Ansatz für Transport- und Informationsdrehkreise; (3) die Erstellung eines Überblicks der Aufnahmekapazitäten, um Transfers aus den am meisten unter Druck stehenden Mitgliedstaaten zu organisieren; (4) ein gemeinsamer EU-Bedarfsindex zur Bewertung des Drucks in den Mitgliedstaaten; (5) die Entwicklung von Leitlinien für die Aufnahme von Kindern; (6) ein gemeinsamer Plan gegen Menschenhandel; (7) verstärkte Solidarität mit Moldawien; (8) die Einrichtung einer Kooperationsplattform für Wege in die Drittstaaten

wie Vereinigte Staaten von Amerika, Kanada und Großbritannien; (9) die Aktivierung des EMPACT-Netzwerkes (Europäische Plattform gegen organisierte Kriminalität) und (10) die Optimierung der Verwendung der EU-Fonds. Zur Forderung vieler Mitgliedstaaten nach umfangreicheren Finanzmitteln erklärte die Europäische Kommission, dass man sich auf die zur Verfügung stehenden Mittel konzentrieren solle. Die Mitgliedstaaten wurden um weitere Einmeldungen zur Aufnahme ukrainischer Vertriebener aus Moldawien ersucht.

Österreich dankte der Europäischen Kommission für die Vorschläge zum Zehnpunkteplan und den Nachbar-Mitgliedstaaten von Ukraine für ihren Einsatz. Aktuell hätten 220.000 ukrainische Vertriebene die österreichische Grenze überschritten. Der Großteil der Ankommenden reisen weiter. 36.000 Personen hätten in Österreich den vorübergehenden Schutz erhalten. Österreich habe sich bereit erklärt, 2.000 Menschen aus Moldawien aufzunehmen. Drei Flüge aus Moldawien nach Österreich hätten bereits stattgefunden. Österreich begrüßte den Zehnpunkteplan, insbesondere die Einbeziehung der EU-Asylagentur. Das Thema der Registrierung sei ebenfalls zentral. Gemeldet werden sollten nicht die in einem Mitgliedstaat grundsätzlich zur Verfügung stehenden Kapazitäten, sondern die Größenordnung der Aufnahmebereitschaft. Österreich habe Polen ein konkretes Angebot zur Unterbringung von Vertriebenen aus der Ukraine unterbreitet.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. Juli 2022

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister